Editorial

Oliver Hidalgo · Philipp W. Hildmann · Alexander Yendell

Online publiziert: 13. November 2018
© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Das mittlerweile vierte Heft der ZRGP ist erstmals ein Sonderheft, das sich durchgehend einer kohärenten Fragestellung widmet: dem Verhältnis von Religion und Rechtspopulismus als aktuelle Herausforderung für die sozial- und politikwissenschaftliche Theoriebildung sowie natürlich auch für die politische Praxis.

Im Hinblick auf die wechselseitigen Beziehungslinien zwischen Religion, Gesellschaft und Politik, deren Erforschung sich die ZRGP auf die Fahnen geschrieben hat, sind die seit Längerem zu beobachtenden Schnittmengen in den Agenden, Programmatiken und Strategien religiöser und rechtspopulistischer Akteure vor allem deswegen von großer Bedeutung, weil ein womöglich erfolgreicher Schulterschluss mit der Religion dem Rechtspopulismus einen Zuwachs an Legitimität verspricht, der seine Ziele erheblich begünstigen könnte. Bereits für sich genommen hat der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien in den westlichen und europäischen Demokratien in den vergangenen Jahren besorgniserregende Züge angenommen. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und das erfolgreiche Brexit-Referendum in Großbritannien 2016 waren dabei nur die sichtbarsten Zeichen eines politischen Stimmungswandels, der seit einiger Zeit zahlreiche Länder in und außerhalb Europas erfasst hat. Der anhaltende Zulauf des *Front National*

O. Hidalgo (✉)

Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg, Universitätsstr. 31, 93040 Regensburg, Deutschland

E-Mail: oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de

P. W. Hildmann

Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstraße 33, 80636 München, Deutschland

E-Mail: hildmann@hss.de

A. Yendell

Department of Medical Psychology and Medical Sociology, Universität Leipzig, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig, Deutschland

E-Mail: alexander.yendell@uni-leipzig.de

in Frankreich, die Regierungsverantwortung rechtspopulistischer Parteien in Tschechien, Finnland, Bulgarien, Österreich und Italien, die Regierungsübernahme der nationalkonservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) in Polen, der Rechtsruck in Ungarn unter Victor Orbán, die kompromisslose Haltung der Visegrád-Staaten in der Flüchtlingsfrage, weitere Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in den Niederlanden (PVV), der Schweiz (SVP), Dänemark (DF), Griechenland (ANEL) usw. zeugen allesamt davon, wie sehr rechtspopulistische Überzeugungen längst in der „Mitte“ der Gesellschaft angekommen sind. Nur noch in sechs der 28 EU-Mitgliedstaaten (Irland, Portugal, Spanien, Malta, Rumänien und Slowenien) sitzen derzeit noch keine rechtspopulistischen Parteien im Parlament. Mit der Bundestagswahl vom 24. September 2017 ist hingegen auch in Deutschland erstmals in der Geschichte der Republik eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag eingezogen. In Gestalt der AfD wurde eine Partei drittstärkste Kraft im Parlament, die nicht nur in Teilen verfassungsfeindliche, völkische und rassistische Tendenzen an den Tag legt.

Als gemeinsame Merkmale rechtspopulistischer Positionen lassen sich in diesem Zusammenhang nicht mehr nur die Diffamierung der etablierten politischen Eliten, eine antipluralistische Politik gegen Minderheiten, eine Law and Order-Rhetorik sowie eine diffuse Globalisierungskritik ausmachen (Mudde 2007; Pirro 2015). Auch und gerade hinsichtlich des Themas Religion teilen zahlreiche rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in Europa stark affirmative Bezüge zum kulturellen Erbe des Christentums sowie eine deutlich islamfeindliche Rhetorik. Letztere beansprucht für sich, die (angebliche) „Unterwanderung“ des „Abendlandes“ durch eine unkontrollierte Zuwanderung von Muslimen sowie einen falsch verstandenen „Multikulturalismus“ zu verhindern, wobei die Grenzen zu gemäßigeren konservativen Parteien hier nicht selten zu verschwimmen drohen. In diesem Zusammenhang hatte der französische Orientalist und Philosoph Rémi Brague schon 1993 darauf hingewiesen, dass gerade diejenigen, „die sich auf das christliche Europa, auf das christliche Abendland berufen, [...] gelegentlich Praktiken und Argumente anwenden, die genau diesem Christlichen widersprechen“. Angesichts der politischen Gegenwart ein knappes Vierteljahrhundert später scheint im Gefolge des europaweiten Vormarschs rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen, die sich zumindest nach außen hin oftmals einen dezidiert christlichen Anstrich geben sowie sich und ihre Anhänger zugleich als letzten Rettungsanker gegenüber den muslimischen „Horden“ inszenieren, nur fraglich, ob es das Attribut „gelegentlich“ noch trifft. Umso wichtiger und lohnenswerter ist es, die Verbindungslinien zwischen Religion und Rechtspopulismus einer gleichermaßen differenzierten wie grundlegenden Tiefenbohrung zu unterziehen, um das Spezifische der Inanspruchnahme von „Religion“ durch Rechtspopulisten – in ihrer orthodoxen, katholischen, calvinistischen und nicht zuletzt evangelikalen Ausprägung – klarer umreißen sowie die Unterschiede zur Rolle der Religion bei anderen Akteuren des politischen Spektrums analysieren zu können. Entsprechend widmet sich das vorliegende Heft einer möglichst systematischen Aufarbeitung der Problematik, dass religiöse Hintergründe und Bezugnahmen für die Konstituierung rechtspopulistischer Denkmuster eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, und will dies zugleich anhand geeigneter empirischer Studien belegen.

Im Zentrum der Betrachtung der einzelnen Aufsätze steht folgerichtig nicht nur das vorhandene Ausmaß an ideologischer, organisatorischer sowie auch personeller Verwobenheit zwischen Kirchen und religiösen Akteuren auf der einen sowie rechtspopulistischen Gruppierungen auf der anderen Seite. Stattdessen will das Sonderheft der ZRGP das „religiöse“ Element im Rechtspopulismus selbst beleuchten, welches an die Stelle von traditionellen Glaubensüberzeugungen und ethischen Werten ein identitäres Unterscheidungsmerkmal rückt, das sich entlang von religiösen Grenzen erfahrungsgemäß gewinnen lässt. Jener Zugang hilft, „den“ Islam/die Gruppe der Muslime als (heute) konstitutives, übergreifendes Feindbild für die Ausbildung rechtspopulistischen Gedankenguts und die darauf aufbauende politische Rhetorik und Agitation zu identifizieren und dies entlang ausgewählter Fallbeispiele zu illustrieren, in denen sich rechtspopulistische bzw. auch illiberale und autokratische Wendungen von Parteien und Akteuren nicht zuletzt auf ein (pseudo-)religiöses Fundament zurückführen lassen. Von besonderer Brisanz ist in dieser Hinsicht einmal mehr das explosive Gemisch, das aus einer Amalgamierung von Religion und Nationalismus herrührt (vgl. Spohn 2003; Meyer Resende 2015). Die „unheilige“ Allianz aus (christlicher) Religion und Rechtspopulismus kulminiert darüber hinaus oftmals entlang von Themen wie die angeblich vom „Gender-Mainstreaming“ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen oder die vermeintliche Bagatellisierung von Abtreibungen (Hark und Villa 2015; Kuhar und Paternotte 2017).

Im Rahmen jener inhaltlichen Gesamtkonturen präsentiert das Heft Beiträge mit unterschiedlichen theoretischen und konzeptionellen Ausrichtungen, methodischen Zugriffen sowie empirischen Zielen in Deutschland sowie in und außerhalb Europas. In Ergänzung, punktueller Präzisierung und stellenweise auch Kontrastierung des Überblicksartikels, den Michael Minkenberg (2018) zum Thema „Religion and the Radical Right“ in europäischen Ländern vorgelegt hat, widmen sich die hier versammelten Artikel zudem neuerlich der nur auf den ersten Blick paradoxen Feststellung, dass die politische Rolle der Religion oftmals gerade in säkularer Umgebung Bedeutungsgewinne verzeichnen kann (Berger et al. 2008; Roy 2011; im Gegensatz dazu Norris und Inglehart 2011).

Grundlage des in diesem Sonderheft präsentierten Portfolios an Artikeln war eine Expertentagung, die im September 2017 kurz vor der Bundestagswahl in Kloster Banz stattfand und die von der Hanns-Seidel-Stiftung sowie dem AK Politik und Religion der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) in Kooperation organisiert wurde. Der Löwenanteil der Beiträge (Oliver Hidalgo, Floris Biskamp, Anja Hennig, Hilke Rebenstorf, Yves Bizeul, Jakob Schwörer, Jörg Baudner) verdankt sich den in Kloster Banz präsentierten Referaten, einige wenige weitere Beiträge (Gert Pickel, Andrea Althoff, Lazaros Miliopoulos) konnten zusätzlich hinzugewonnen werden.

Der Aufsatz von *Oliver Hidalgo* wagt zu Beginn eine allgemeine Verhältnisbestimmung von Religion, Demokratie und Rechtspopulismus. Ausgehend von der generell spanungsreichen Beziehung zwischen Religion und Demokratie, welche in einer konträren Autoritätsvorstellung kulminiert, sowie den zwar befremdlichen, aber unleugbaren Schnittmengen und Affinitäten zwischen Demokratie und Populismus, legt die theoretische Studie ihr Augenmerk vor allem auf die programmatischen Überschneidungen, welche die verbreitete Berufung von Rechtspopulisten

auf religiöse Bindekräfte verständlich machen. Denn in seinem extremen Fokus auf politische Homogenität, Antipluralismus, Elitenkritik, „soziale Gerechtigkeit“ sowie nicht zuletzt die kulturelle Partikularität eines politischen Verbandes bedient der Rechtspopulismus viele der Attitüden und Einstellungen, die traditionell mit dem Einheit stiftenden Potenzial von Religionen assoziiert werden. Eine mögliche inhaltliche Inanspruchnahme des christlichen Erbes durch rechtspopulistische Positionen kristallisiert sich dabei unter der Voraussetzung heraus, dass die eigentlich genuin christlichen Ideale der Gleichheit und Nächstenliebe hinter Vorstellungen der politischen Abgrenzung zurücktreten. Zur Erklärung jenes folgenschweren Umschlag- und Umdeutungsprozesses, der die (christliche) Religion als „Lückenfüller“ einer rechtspopulistischen Inanspruchnahme der Demokratie nutzen will und so den klassischen Demagogievorwurf gegen Rechtspopulisten entkräften hilft, nimmt Hidalgo in erster Linie Anleihen bei der Politischen Theologie Carl Schmitts.

Anja Hennig arbeitet in ihrem Beitrag die Genderphobie als Brücke zwischen religiösem Fundamentalismus und völkisch-nationalistischem Rechtspopulismus heraus. Genderphobie (verstanden als politisch-aktive Ablehnung der Kategorie „Gender“ als sozio-kulturell geprägte und nicht von Natur aus gegebene Geschlechtsidentität sowie als Propagierung von „Gender“ als Bedrohung für Gesellschaft und Nation) stellt nach Hennig eine ideologische Plattform dar, die sich in der Lage zeigt, christlich-fundamentalistische und nicht-religiöse politische Akteure zu vereinigen. Jene Plattform korrespondiert mit der Annahme einer naturgegebenen hierarchischen Ordnung von Gesellschaft sowie der parallelen Ablehnung von kulturellem Pluralismus bezogen auf Familienmuster bzw. die ethnische Komposition einer Gesellschaft. Im Ergebnis wird deutlich, dass sich genderphobe Argumente bevorzugt aus einem (säkularen) Anti-Feminismus, einer „katholischen“ Variante des Fundamentalismus sowie völkisch-islamophobem Nationalismus speisen und für eine Mobilisierung christlich-fundamentalistischer Gruppierungen tauglich sind. Die Aufnahme von Genderphobie in Programme von rechtspopulistischen Parteien in Europa wirkt unter diesen herausgefilterten Vorzeichen schlüssig und kohärent.

Lazaros Miliopoulos beschäftigt sich mit den identitätspolitischen Wirkungen des europäischen Religionsrechts und wie diese von Populisten genutzt werden. Er zeigt auf, inwieweit Werte- und Identitätskonflikte zwischen der EU und den Nationalstaaten sowie zwischen den Nationalstaaten selbst entstehen und wie Populisten diese aufgreifen, um damit identitätspolitische Konflikte zu befördern. Rechtspopulismus geht typischerweise aus einem Bündel bestehend aus christlich-jüdischer-Identitätspolitik, „Anti-Islamisierung“ und einer restriktiven Ausrichtung der Migrationspolitik einher. Gleichzeitig wird in dem Aufsatz diskutiert, dass nicht nur Populisten, sondern auch Konservative damit einhergehende Wertekonflikte aufgreifen, sodass hinsichtlich der Religionspolitik das Problem der Verhältnisbestimmung von Populismus und Konservatismus auftritt. Allerdings unterscheiden sich Populisten und Konservative bezüglich ihrer Haltung zur Religionsfreiheit.

Mit einem Beitrag über Islamdebatten als – im Anschluss an Habermas – „systemisch verzerrte Kommunikation“ nimmt *Floris Biskamp* die scharf antiislamische Positionierung rechtspopulistischer Parteien ins Visier, die er als deutlich wahlstrategisch motiviert herausarbeitet. Vor diesem Hintergrund enthüllt er den nur auf den ersten Blick paradoxen Zusammenhang, dass Rechtspopulisten ihre üblichen

Forderungen zur Diskriminierung von Muslimen nicht offen antiliberal, sondern im Gegenteil als Verteidigung des Liberalismus gegen einen antiliberalen Islam artikulieren. Dies sei insofern erfolgversprechend, als solche strategischen öffentlichen Islamdebatten bewusst vorhandene islamophobe Strömungen in der Gesellschaft instrumentalisieren und dabei unbegründet das Porträt eines stark problematisierten, kulturalisierten und homogenisierten Islam zeichnen. In der höchst selektiven rechtspopulistischen Lesart werden Islam und Westen folglich als gegeneinander abgeschlossene Entitäten imaginiert, um auf dieser Basis muslimische Stimmen zu marginalisieren und das Problem des antimuslimischen Rassismus ausblenden zu können. Gerade für die „Außenkommunikation“ des Rechtspopulismus ist ein solcherart konstruiertes Feindbild Islam bestens geeignet, um dem Rechtspopulismus (weitere) Stimmen zuzuführen.

Gert Pickels Überlegungen zu Religion und Religionszugehörigkeit als Ressource für den Rechtspopulismus konzentrieren sich derweil auf die Frage, inwieweit bekennende Christen als vergleichsweise anfällig für rechtspopulistische Agenden wie Migrations- und Islamfeindlichkeit gelten müssen, wie es einige neuere Studien nahelegen. Sein entsprechender Befund fällt insbesondere für das Beispiel Deutschland allerdings eher zwiespältig aus, lassen sich doch sowohl einige „Wahlverwandtschaften“ zwischen christlich imprägnierten Vorstellungen und rechtspopulistischen Positionen als auch stark oppositionelle Haltungen von Christen gegenüber rechtspopulistischen Inhalten und Parolen nachweisen. In gewisser Weise zeigt sich dadurch die Polarisierung der Gesamtbevölkerung im Hinblick auf das Phänomen des Rechtspopulismus am Beispiel der christlichen Kirchen nur in hochgradig auffälliger Manier. Dies verdeutlicht nach Pickel auch, warum Aspekte religiöser Zugehörigkeit für die neuen Formen des Rechtspopulismus zu einem Schlüsselthema avancieren konnten.

Pickels Studie, die sich nicht zuletzt der Operationalisierung und Messung von Effekten christlicher Religiosität für den Rechtspopulismus widmet, markiert innerhalb des Sonderhefts einen Übergang zu insgesamt stärker empirisch und länderspezifisch ausgerichteten Untersuchungen. In dieser Hinsicht bestätigt zunächst der Aufsatz von *Hilke Rebenstorf* über „rechte“ Christen, dass kein eindeutiger Zusammenhang zwischen religiöser Zugehörigkeit und einer Affinität zu rechtspopulistischen Überzeugungen besteht. Gerade das Christentum amalgamiert nach Rebenstorf ebenso Affirmationen wie Resistenzen gegenüber einschlägigen Sichtweisen. Verantwortlich dafür, welches (politische) Potenzial des christlichen Glaubens sich aktualisiere, sei hier nicht etwa der Aspekt der Frömmigkeit, da die Rolle, die der Glaube in einem individuellen Leben spielt, keine Auskunft über womöglich vorhandene homophobe, sexistische oder ausländerfeindliche Einstellungen gibt. Ausschlaggebend sei vielmehr der Wahrheitsgehalt, der Religionen jeweils zugeschrieben werde, sowie die Vorstellung des Göttlichen, die jemand im Einzelnen vertritt. Im Anschluss an Gordon Allport geht Rebenstorf deshalb von einem „Paradoxon der Religiosität“ aus, wonach die (christlichen) Ideen der Nächstenliebe und Geschwisterlichkeit der Menschen einerseits die Ausbildung von Vorurteilen verhindern, Parameter wie die Offenbarung, der göttliche Bund oder der Wille Gottes solche andererseits aber auch befördern. Mit den aktuell gebräuchlichen Instrumenten der Repräsentativbefragung seien derartige Ambivalenzen derzeit jedoch noch kaum adäquat abzubilden.

Einen (möglichen) speziellen Nexus im Sinne von programmatischen und auch personellen Überschneidungen zwischen rechtskonservativen Christen und (Aktivisten) der *Alternative für Deutschland* (AfD) nimmt der Beitrag von *Andrea Althoff* ins Visier. Dabei zeigt die Autorin vor allem anhand der Untergruppierung „Christen in der AfD“ zahlreiche bislang wenig analysierte Überlappungen auf, die die zumindest tendenziell völkisch-nationalistische, migrationsfeindliche und islamophobe Haltung innerhalb der AfD (auch) entlang eines kulturkonservativen Christentums verortet und legitimatorisch abstützt. Der so zu erzielende Relativierungseffekt für die eigene politische Agenda fällt umso mehr ins Gewicht, als sich die *Alternative für Deutschland*, deren Parteimitglieder und Repräsentanten mehrheitlich keinerlei Affiliationen mit Kirchen und religiösen Inhalten besitzen, dadurch umso stärker als Partei zu inszenieren vermag, die für sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen wählbar ist und scheinbar der „Besorgnis“ der Gesamtbevölkerung Ausdruck verleiht. Althoffs Aufsatz deutet diesbezüglich eine Parallele zum Bündnis zwischen Rechtspopulisten und einem bestimmten Teil der (keineswegs homogenen) Christlichen Rechten in den USA an, das die im Grunde höchst selektive Inanspruchnahme christlicher Inhalte zumindest bis zu einem gewissen Grad ebenfalls erfolgreich kaschiert.

Yves Bizeul führt diese Überlegungen fort mit einem theoretisch sehr fundierten Input über die religiöse Dimension im Denken und Handeln des französischen *Front National*. Ausgehend von der These, dass Religion in rechtspopulistischer Provenienz in erster Linie ein gemeinsames Identitätsmerkmal, ein Gefühl der Zugehörigkeit jenseits konkreter religiöser Glaubensinhalte vermittelt („belonging without believing“), zeichnet Bizeul nach, wie der FN zur Zeit seiner Gründung 1972 eine bemerkenswerte Nähe zum katholischen Integralismus (Marcel Lefebvre) aufwies und Jean-Marie Le Pen die Traditionslinien des Katholizismus permanent für seinen Wahlkampf instrumentalisierte. Seine Anhänger leiteten daraus einen religiös begründeten Auftrag ab, „die Fremden“ aus Frankreich zu vertreiben. Unter Marine Le Pen hat sich nach Bizeul der Bezug zur Religion allerdings signifikant verändert, insofern sich letztere selbst nur mehr als „Katholikin des Kirchvorplatzes“ titulierte. Jene Distanzierung, gepaart mit einem klaren Bekenntnis zur französischen *laïcité*, seien allerdings wohlüberlegte strategische Manöver. Zum einen wolle Marine Le Pen, anders als ihr Vater, tatsächlich irgendwann zur Präsidentin Frankreichs werden, wofür ein klares Bekenntnis zum Katholizismus als eher kontraproduktiv einzuschätzen ist. Zum andern aber kann der FN durch diesen starken Bezug auf die Laizität „den“ Islam massiv angreifen und als Fremdkörper in der französischen Kultur herausstreichen. Im Ergebnis seien die ideologischen Vorstellungen des FN (heute) als eine Art Religionersatz oder auch politische Religion zu betrachten, die bei ihren Anhängern Legitimität evoziert und Heilserwartungen schürt. Die aktuelle Anziehungskraft der französischen Rechtspopulisten entstehe dabei aus dem „Glauben“ heraus, die eigenen Zielvorstellungen letztlich ohne konkrete Leistungen, Anstrengungen und schmerzliche Transformationsprozesse verwirklichen zu können, nur, indem Frankreich von seinen vermeintlich störenden Elementen befreit wird.

Den Blick nach Italien richtet in der Folge *Jakob Schwörer*, der die *Lega Nord* als vorgebliche Verteidigerin christlicher Identität thematisiert. Sein Artikel belegt, dass sich die rechtspopulistische Lega, die gemeinsam mit dem *MoVimento 5 Stelle* die

Parlamentswahlen 2018 gewonnen hat, zwar sowohl in ihrer Parteiprogrammatik als auch in den öffentlichen Äußerungen ihrer führenden Repräsentanten lediglich sehr sporadisch auf die christliche Religion bzw. auf christliche Traditionen und Identitäten beruft. Christlich-religiöse Bezüge finden sich bei der Lega jedoch immerhin im Zusammenhang mit der Ablehnung/Ausgrenzung anderer Glaubensgemeinschaften – insbesondere der Muslime – sowie von alternativen Ideen. Im Ergebnis arbeitet der Beitrag folgerichtig heraus, dass sich die fast schon klassisch anmutende, paradoxe „Mischargumentation“, wonach rechtspopulistische Parteien einerseits vehement auf die christliche Kultur Europas verweisen, um andererseits die Säkularität Europas zum Transmissionsriemen für ihre unverhohlene Ablehnung des Islam zu stilisieren, in der Argumentationsstruktur der Lega Nord in besonderer Weise wiederfindet.

Jörg Baudner untersucht abschließend die schwierige Situation in der Türkei seit der Machtübernahme durch Recep Erdoğan. Dabei vertritt er die These, dass sich die Verschmelzung von religiöser und rechtspopulistischer Partei, die für die Entwicklung der AKP in den letzten Jahren charakteristisch sei, nicht ohne deren wiederholte Auseinandersetzungen mit der (ehedem) säkularen Staatselite erklären lässt. So habe die säkulare kemalistische Staatselite in der Türkei für sich stets eine institutionalisierte Veto-Position beansprucht und auf der Verbannung bzw. Kontrolle religiöser Symbole aus und in der Öffentlichkeit bestanden. Das Zusammenwirken von säkularer Mobilisierung, „Warnungen“ des Militärs sowie Verbotsverfahren durch das Verfassungsgericht hat nach Baudner zunächst die Gründung der AKP als *Catch-all Partei* motiviert, während das nur knapp gescheiterte Verbotsverfahren gegen die AKP 2007 danach als maßgeblich verantwortlich für ihre Umgestaltung in eine rechtspopulistische Partei sowie für ihr Abgleiten in einen illiberalen Autoritarismus anzusehen ist. Durch den gescheiterten Putsch 2016 hätten sich die Fronten dann nochmals verhärtet. Als Indiz oder gar Beleg für die Demokratieunverträglichkeit „des“ Islam ist der türkische Fall nach Baudner mithin definitiv nicht zu bewerten. Schließlich resultiere der aktuell praktizierte autoritäre Populismus der AKP primär eben nicht aus „islamischen“ Lehren, sondern sei vielmehr in der Hauptsache auf kontingente Faktoren zurückzuführen.

Unter dem Strich bestätigen die Beiträge die Existenz von evidenten, aber auch subtileren Verbindungslinien zwischen Religion und Rechtspopulismus und tragen dadurch zum Verständnis bei, warum die christliche Religiosität heute weniger als Bollwerk gegen eine rechtspopulistische Infiltrierung anzusehen ist, als dies in früheren Studien festgestellt wurde (vgl. Arzheimer und Carter 2009). Dass angesichts der Befunde, die auf eine sehr spezifische, ja selektive Bezugnahme auf die Religion als Konstituierungsfaktor rechtspopulistischer Denkmuster hindeuten, im Gegenzug auch die Trennlinien zwischen rechtspopulistischen und traditionell konservativen Positionierungen weiter zu schärfen sind, liegt auf der Hand. Umso bedauerlicher ist es aus Sicht der Editoren, dass das nunmehr vorliegende Sonderheft gerade, was die Länderbeispiele angeht, nur einen vergleichsweise kleinen Teil der (verschriftlichten) Vorträge präsentieren kann, die auf der erwähnten Konferenz in Kloster Banz im September 2017 gehalten wurden. Insbesondere Reflexionen und Analysen über das Verhältnis von Religion und Rechtspopulismus in den USA, Ungarn, Russland und Österreich fanden hier nicht zuletzt aufgrund des erheblichen Zeitdrucks, Submissions, Reviews und Revisions innerhalb von nur wenigen Monaten organisieren

und durchführen zu müssen, am Ende keinen Eingang in das fertige Heft, obwohl sie letzterem sicherlich gut zu Gesicht gestanden hätten. Doch auch ohnedies dürfte der weitere Forschungsbedarf zu der hier behandelten hochbrisanten Frage in Zukunft noch enorm steigen. Einen nicht unbedeutenden Beitrag zur theoretischen, begrifflichen und empirischen Klärung des Zusammenwirkens von religiösen und rechtspopulistischen Chiffren hofft das Sonderheft gleichwohl zu leisten.

Danksagung Die Editoren des Sonderhefts bedanken sich bei allen Autorinnen und Autoren, Gutachterinnen und Gutachtern für ihre konstruktive und geduldige Mitarbeit, der Hanns-Seidel-Stiftung für die großzügige Ausstattung der Tagung im September 2017, den Herausgebern der ZRGP Annette Schnabel und Gert Pickel für die Möglichkeit, dieses Sonderheft unter dem Dach der Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik zu gestalten sowie den System-Administratoren Heiko Beyer und Kokila Kothandaraman für die hervorragende technische Unterstützung bei der Organisation der Peer-Review-Verfahren.

Literatur

- Arzheimer, Kai, und Elizabeth Carter. 2009. Christian religiosity and voting for west European radical right parties. *West European Politics* 32(5):985–1011.
- Berger, Peter, Grace Davie, und Effie Fokas. 2008. *Religious America, secular Europe? A theme and variations*. Aldershot: Ashgate.
- Brague, Rémi. 1993. *Europa. Eine exzentrische Identität*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Hark, Sabine, und Paula-Irene Villa (Hrsg.). 2015. *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript.
- Kuhar, Roman, und David Paternotte (Hrsg.). 2017. *Anti-gender campaigns in Europe. Mobilizing against equality*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Meyer Resende, Madalena. 2015. *Catholicism and nationalism. Changing nature of party politics*. London: Routledge.
- Minkenberg, Michael. 2018. *Religion and the radical right. The Oxford handbook of the radical right*. Oxford: Oxford University Press.
- Mudde, Cas. 2007. *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa, und Ronald Inglehart. 2011. *Sacred and secular. Religion and politics worldwide*, 2. Aufl., Cambridge: Cambridge University Press.
- Pirro, Andrea. 2015. *The populist radical right in central and eastern Europe*. London: Routledge.
- Roy, Olivier. 2011. *Heilige Einfalt. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen*. Bonn: BpB.
- Spohn, Wilfried. 2003. Nationalismus und Religion. Ein historisch-soziologischer Vergleich West- und Osteuropas. *Politische Vierteljahresschrift* 33:323–345.